

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großbröhndorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 263

Donnerstag, den 11. November 1926

78. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen

Bareinlagen

zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Amtlicher Teil.

Unter dem Klauenviehbestande des Gutsbesizers **Karl Rothsch in Südkendorf** verkehren, ist der Eintritt in das Seuchengehöft verboten. Sperrgebiet: das Seuchen-
gehöft. Beobachtungsgebiet: der übrige Ort.

verkehren, ist der Eintritt in das Seuchengehöft verboten. Im übrigen wird auf die in
Nr. 2/1925 des Ramenzer Tageblattes veröffentlichten Bestimmungen über Maul- und
Klauenseuche hingewiesen.

Gauferhändlern, Schlächtern sowie anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 10. November 1926.

Das Wichtigste

In Saplate (Amerika) stürzte bei einem Sturm ein Schulgebäude ein
und begrub die Schulkinder unter sich.

Aus Florenz und Venedig werden erneut verheerende Wolkenbrüche ge-
meldet. Die Etsch ist bei Verona aus den Ufern getreten.

Ein italienischer Geologe hat in der Nähe von Turin Gold- und Silber-
führende Gesteinsadern entdeckt. Die Tiefe der Gesteinsadern
beträgt 43 Meter, ihre Länge 2750 Meter.

In der Vorhalle des amerikanischen Senats erfolgte am gestrigen Mitt-
woch ein Senator einen Parlamentarier, der ihn während der Ses-
sion beleidigt hatte.

Im Unterhaus gab am gestrigen Mittwoch Mac Neill bekannt, daß
England in diesem Jahre je zwei Millionen Pfund von Italien
und Frankreich auf Kriegsschuldentonto und 4.130.000 Pfund von
Deutschland auf Reparationskonto erhalten habe.

Gestern fand in Halle ein Konzert von Johanniter-Schwestern aus
ganz Deutschland unter Anwesenheit der Protektorin, Kronprinzessin
Cecilie, statt.

Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, sind die zwischen der Deutschen
Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftspartei
und dem Zentrum geführten Verhandlungen wegen Aufstellung einer
gemeinsamen Liste für die Wahlen zum Landtag von Thüringen
an dem Widerstand der Wirtschaftspartei gescheitert. Die Demo-
kraten hatten sich von den Verhandlungen schon früher zurückgezogen.

Am gestrigen Mittwoch nachmittag hatte der deutsche Botschafter von
Paris wieder eine längere Unterredung mit dem Außenminister
Briand, in der vor allem Fragen der Entwaffnung Deutschlands
und der Militärkontrolle besprochen wurden.

Berlinische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Beethovenabend.) Die Künstler
Trantow, Bormann und Günther (Staatskapelle) bieten sichere
Gewähr dafür, daß am Montag im Schützenhaus erstklassige
Kammermusik zu hören ist. Die „Dresdner Nachrichten“
schreiben: „Wie Bernhard Günther und Herbert Trantow
die Werke meistern, dafür ist kein Wort des Lobes zu hoch
gegriffen.“ Von Paul Bormann wird in auswärtigen Kon-
zertberichten bestätigt, daß er „mit künstlerischem Ernst, vor-
züglicher Tonentwicklung, absoluter Toneinheit und außer-
ordentlich gereifter Technik“ spielt.

Pulsnitz. (Kirchenchor.) Nach langer Zeit will
unser Kirchenchor, der früher unter Oberlehrer Kantor Bar-
tuschs Leitung oft mit Darbietungen in der Kirche erfreute,
seine Übungsstunden wieder regelmäßig aufnehmen. Es
werden darum stimmbegabte jangeschmeidige Damen und Her-
ren der ganzen Kirchgemeinde gebeten, dem Kirchenchor bei-
zutreten und damit zu helfen, daß auch in unserer Stadt-
kirche die Kirchenmusik gepflegt wird. Die Übungsstunde
findet Freitags um 8 Uhr im Vereinszimmer des Ratskell-
lers statt. Herr Kantor Hoppe nimmt dort vor der Übungs-
stunde Anmeldungen entgegen.

(Schuldienst.) An Personalveränderungen im
Schuldienste im Schulaufsichtsbezirk der Amtshauptmann-
schaft Ramenz während des 3. Vierteljahres 1926 gibt das
Volksbildungsministerium folgendes bekannt: Angestellt wur-
den der personalständige Lehrer F. W. Garten in Bischheim
als ständiger Lehrer ebenda sowie die nichtständige Fachleh-
rerin M. E. Hantschel in Großbröhndorf als ständige Fach-
lehrerin ebenda. Die Rechte der Ständigkeit verliehen wur-
den der nichtständigen Lehrerin B. M. E. Frenzel in Kö-
nigsbrück, sowie den nichtständigen Lehrern S. Fr. Pollack

Es kriselt . . .

Die Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben — Ein Interview Pilsudskis
Der Terror in Südtirol — Um die Aufhebung der Militär-Kontrolle

Krach im sozialpolitischen Ausschuss.

Zentrum und Volkspartei lehnen vorläufig
Beteiligung an den Beratungen ab.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages stand
der Entwurf der Krisenfürsorge für die ausgesteuerten Er-
werbslosen zur Debatte. Alle Parteien brachten Anträge
zu dem Entwurf ein. Von deutschnationaler Seite wurde
beantragt, daß die Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten Er-
werbslosen wie bisher bei der Wohlfahrtspflege verbleiben
solle und die Gemeinden dafür 75 Prozent ihres Aufwandes
zurückerkattet erhalten sollen. Der Antrag wurde abgelehnt.
Hierauf kam ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung,
der sämtliche Beschränkungen innerhalb der Erwerbslosen-
fürsorge aufheben und die Bezahlung der Unterstellungen
über die 52. Woche hinaus unbegrenzt fortführen wollte.
Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten,
der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Völ-
kischen angenommen.

Hierauf erklärte der Vorsitzende, Abg. Esser, daß der
Regierungsentwurf damit gefallen sei und die Beratungen
angehört werden müßten. Hiergegen erhob Abgeordneter
André (Zentrum) Einspruch, indem er erklärte, daß die
Mitglieder des Zentrums sich an den weiteren Beratungen
des sozialpolitischen Ausschusses nicht mehr beteiligen könn-
ten, bis eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse erfolgt sei.
Die Vertreter der Regierungsparteien konnten sich nicht als
Hampelmänner behandeln lassen und sämtliche Anträge und
Abmachungen unter den Tisch fallen lassen.

Abgeordneter Thiel (SP.) schloß sich namens der
Deutschen Volkspartei vollinhaltlich den Erklärungen des
Vorsitzenden an.

Die neuen Unterstützungsfälle für die Erwerbslosen in Kraft.

Mit Wirkung vom 8. November.

Berlin. Wie amtlich verlautet, sind die Höchstföhe
der Erwerbslosenfürsorge durch Anordnung des
Reichsarbeitsministers vom 8. November 1926 nach Be-
nehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für
Arbeitsvermittlung mit Wirkung vom 8. Novem-
ber 1926 heraufgesetzt worden. Die Erhöhung be-
trägt für Erwerbslose, die keine Familienzuschläge beziehen
und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, 15 v. H.,
für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger 10 v. H.

Ferner ist die obere Grenze für die Erwerbs-
losenunterstützung in der Weise erweitert worden, daß auch
für das vierte Kind (den fünften Familienangehörigen) der
Familienzuschlag voll gezahlt wird. Die Anordnung
gilt bis zum 31. März 1927.

Ein Interview Pilsudskis

Warschau, 11. November. Großes Aufsehen erregt ein
Interview, das Pilsudski einem amerikanischen Journalisten ge-
währt hat und das in der amerikanischen Zeitung Record (in Ve-
troit) erschienen ist. Pilsudski erklärte u. a. wörtlich: „Jawohl!
Es ist wahr, daß ich Diktator in Polen werden will, aber nur
ein Diktator, wie es der amerikanische Präsident ist. Kein Diktator,
wie er in einigen europäischen Staaten herrscht. Ich halte unser

parlamentarisches System für veraltet und zu sehr verwickelt. Auch
muß ich sagen, daß die Volksvertreter sich oft ihrer hohen Pflichten
nicht gemacht zeigen, da unter den Abgeordneten sich leider eine
Menge von Analphabeten befindet. Auch die Verfassung ist nicht
geeignet, das Land gebelben zu lassen. Sie muß radikal geändert
werden. Es sind in Polen zwölft Parteien, die das Land regieren
und die nie unter sich einig sind. Pilsudski erklärte dann weiter,
für folgende Grundsätze zu kämpfen: Der Staatspräsident muß
nicht von der Nationalversammlung, sondern vom Volke selbst
gewählt werden. Er muß in seiner Tätigkeit nicht von den Par-
teien abhängig, sondern nur dem Volke verantwortlich sein. Die
Minister müssen sich von den Parteien unabhängig machen. Sie
müssen vom Präsidenten ernannt und ihm verantwortlich sein.

Um die Aufhebung der Militärkontrolle Der englische Standpunkt

Paris, 11. November. Wie die Telegraphen-Union von
gutmüthiger englischer Seite erfährt, hat der englische Bot-
schafter in Paris Lord Crewe im Auftrage der englischen Regie-
rung Briand bei seinem Empfang am Dienstag vormittag mitge-
teilt, daß nach englischer Auffassung die Aufgabe der Interalliierten
Militärkontrollkommission in Deutschland übergeben sei, da Deutsch-
land die im Versailler Vertrag ihm auferlegten Abrüstungsbestim-
mungen durchgeführt habe. Dem Uebergang der Militärkontrolle
auf den Völkerbund stände nach Auffassung der englischen Regie-
rung nichts mehr im Wege. General Walsh hat am Dienstag
Briand erklärt, daß die zwischen der Reichsregierung und der
Interalliierten Militärkontrollkommission noch bestehenden Streit-
punkte nicht so erheblich seien, daß deswegen die Aufhebung der
Interalliierten Militärkontrollkommission verzögert werden müßte. Auch
er soll damit einverstanden gewesen sein, daß ihre Befugnisse dem-
nächst auf die Organe des Völkerbundes übergehen, wird General Walsh
demnächst nach Berlin reisen, um mit den deutschen Behörden eine
letzte Rücksprache zu haben. Man erwartet ihm vor Beginn der
Völkerbundratsitzung nach Paris zurück.

Sogar militärische Gebäude stören die Botschafter- Konferenz.

4 Köln. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Berlin er-
fährt, ist in diesen Tagen bei der Reichsregierung eine Note
des Botschafterrates eingegangen, die sich mit dem Schicksal
der im Reichsbefehl befindlichen militärischen Gebäude, d. h.
mit den ehemaligen Kasernen, aber auch mit dem früheren
preussischen Kriegsministerium, beschäftigt. Die neue For-
derung des Botschafterrates geht dahin, die Reichsregierung
solle die in ihrem Besitz befindlichen militärischen Ge-
bäude entweder verkaufen oder vermieten
oder, falls beides nicht möglich sei, für eine Abtragung sor-
gen. Eine Erfüllung dieser durch nichts berechtigten Forde-
rung würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung am
Nationalvermögen bedeuten.

Wie dazu von zuständiger Stelle verlautet, trifft die
Melbung in der Tat zu. Die neue Maßnahme der Botschaf-
terkonferenz beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Frage
der Liegenschaften, die die Reichsregierung bisher für neben-
sächlich ansah und deren Regelung infolgebehalten auf dem
Wege schriftlicher Verhandlungen für möglich gehalten wurde.
Die neue Note weist darauf hin, daß nunmehr in dieser
Frage doch noch mündliche Verhandlungen not-
wendig sein werden.

